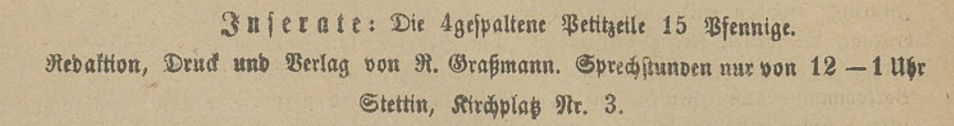
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.


Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Freitag, den 5. Mai 1882. Nr. 207.

Landtags-Verhandlungen.

Herrenhaus.

16. Sitzung vom 4. Mai.

Der Präsident, Herzog von Ratibor eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 15 Min.

Am Ministertisch: Dr. Friedberg und mehrere Kommissarien.

Der Gesetzentwurf, betreffend die unentgeltliche Ueberreichung eines Theiles des Thiergartens an das Reich, wird ohne erhebliche Diskussion auf Antrag des Referenten v. Forckenbeck angenommen.

Bezüglich der Rechnungen der Kasse der Oberrechnungskammer pro 1880—81 ertheilt das Haus ohne Diskussion die Decharge, erklärt die allgemeine Rechnung pro 1878—79, sowie die Uebersicht über die Staatseinnahmen und Ausgaben pro 1880—81 ohne Debatte für erledigt und überweist endlich eine Petition des Magistrats zu Grabow, wegen Aufhebung des Absatzes 2 des Gesetzes vom 11. Juli 1822, betr. die Kommunalsteuer der Beamten, der Regierung als Material, womit die Tagesordnung erschöpft ist.

Nächste Sitzung Sonnabend 12 Uhr.

Tagesordnung: Interpellation des Grafen von Schlieben, Denkschrift über die Ausführung des Nothstandgesetzes und Gesetz über die Eisenbahnräthe 2c.

Schluß 2 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 4. Mai. Ein Artikel, der heut sehr umfangreichen „Prov.-Korr." behandelt die Angriffe des Herrn Richter gegen das Herrenhaus und die sehr entschiedene Zurückweisung derselben durch den Herzog von Ratibor. Es wird weiter ausgeführt, wie überall das Abgeordnetenhaus den Gang der Verhandlungen verzögert habe, dann heißt es:

„Der an und für sich ungerechte Ausfall des Abgeordneten Richter gegen das Herrenhaus erhält seine Erklärung nur durch die grundsätzliche Abneigung des demokratischen Parlamentariers gegen dieses Haus. Er will es eben als Institution, als öffentliche Einrichtung angreifen, und zwar als eine unter dem Abgeordnetenhause stehende Institution.

„So sagt der fortschrittliche Abgeordnete mit offenbarer Zweideutigkeit; er will aber jedenfalls damit feststellen, daß er als Abgeordneter das Recht habe, alle öffentlichen Einrichtungen, also auch das Herrenhaus „zu kritisiren". Auf Grund unserer Verfassung, welche die beiden Häuser (abgesehen von den Finanzgesetzen) ganz gleich stellt, würde das Abgeordnetenhaus unbedingt ebenso dem Recht des Herrenhauses auf Kritik anheimfallen. Bis jetzt freilich hatte man es beiderseits als Pflicht parlamentarischen Anstandes betrachtet, solche Kritik an der gleichberechtigten Institution nicht zu üben.

„Herr Richter fügt aber der Erwähnung seines Rechtes, sich am Herrenhaus zu reiben, noch die Bemerkung hinzu, daß diese Institution „sehr überflüssig sei und die Erledigung von Vorlagen nur erschwere". In diesen Worten verräth sich der eigentliche Grund des demokratischen Unwillens gegen das Herrenhaus; seine Existenz selbst ist den Fortschrittlern im Wege. In solchen gelegentlichen Aeußerungen tritt die eigentliche Gesinnung unverhüllter hervor, als in wohl überlegten und vorsichtig gefaßten Programmen. Während man hier nur die „gegenwärtige Zusammensetzung des Herrenhauses" angreift, heißt es jetzt gradezu, „das Herrenhaus ist überflüssig".

„Gewiß für den, der die Herrschaft des Parlaments gegenüber dem Königthum anstrebt, für den ist jedes Herrenhaus nicht blos überflüssig, sondern ein Hemmniß seiner Gelüste; wer aber eine ruhige, besonnene Entwickelung unter einem kräftigen Königthum will, der sieht in einer ersten Kammer, zumal einem Abgeordnetenhause gegenüber, in welchem die Demokratie eine Rolle spielt, eine Bürgschaft mehr gegen das Ueberwuchern eines verderblichen Geistes. Das Herrenhaus ist schon dann keineswegs überflüssig wenn es dazu hilft, aus den Vorlagen, ehe sie Gesetz werden, die Spuren des Geistes, welchen gewisse Fortschrittsleute hineingebracht haben, wieder zu entfernen."

Ein anderer Artikel der „Prov.-Korr." behandelt das gleichzeitige Tagen des Reichstags und des Landtags und erkennt zunächst an, es scheine wenigstens im Grundsatz von allen Seiten zugestanden zu sein, daß die Regierung nicht blos den Schluß nach ihrem Ermessen zu bestimmen, sondern auch das Recht hat, zu erwarten, daß ihre Vorlagen wirklich zur Berathung gelangen. Dieser Grundsatz hat naturgemäß dahin geführt, daß zwischen der Regierung und dem Landtage eine Verständigung über die noch zu berathenden Gesetzentwürfe stattgefunden hat. Die Art und Richtung, in welcher die Erledigung vor sich geht, hängt allerdings von den Parteien im Landtage, von ihrer Stellung zur Regierung überhaupt und zu den einzelnen Fragen ab; daß nicht ein unzweifelhaftes Recht der Krone einer vermeintlichen parlamentarischen Allgewalt preisgegeben werde.

Die „Prov.-Korr." kommt dann auf die früheren Anträge der Regierung bezüglich der zweijährigen Budgetberathung zurück und sagt:

„Die Erfahrungen dieses Jahres sind geeignet, die früheren Auffassungen der Regierung zu bestätigen und zu bestärken; mögen sie dazu beitragen, die Bereitwilligkeit der Parlamente zu dem einzigen Mittel der Verringerung jener Uebelstände zu fördern."

— Die Erwählung des bisherigen Domdekans Dr. Orbin zum Erzbischof von Freiburg bedeutet ein Kompromiß, welches in klerikalen Kreisen große Freude, in liberalen Befriedigung erregt. Der „Badische Beobachter" spricht seine laute Freude aus, daß die „bischofslose, die schreckliche Zeit" vorüber sei, und votirt der badischen Regierung den Dank des katholischen Volkes. Das Hauptorgan der Nationalliberalen, die „Badische Landes-Zeitung", schreibt: „Auch wir freuen uns aufrichtig, daß die Wünsche des katholischen Religionstheils Badens, Dank der Liberalität der Regierung, ihre endliche Erfüllung gefunden; wir freuen uns aber auch ganz besonders darüber, daß allen Jenen, welche durch ihr selbstisches, dem allgemeinen Wohl entgegenstehendes Interesse immer und immer wieder angetrieben wurden, den längst nicht mehr bestehenden Kulturkampf künstlich weiter zu fristen und stets auf Neue hervorzurufen, nunmehr der letzte Vorwand für ihre seit Jahren durch nichts mehr zu rechtfertigende zweideutige Haltung benommen ist. Die Regierung sowohl, wie die liberale Partei des Landes haben oft genug deutliche Beweise geliefert, daß ihrerseits irgend welcher Mangel an Friedensliebe nicht vorhanden sei." Der badische Liberalismus knüpft an dieses Kompromiß die Hoffnung, daß die katholische Volkspartei ihre parlamentarische Taktik ändern und sich vielleicht gar auflösen werde. Diese optimistischen Anschauungen werden aber von kühleren Beobachtern durchaus nicht getheilt. Erzbischof Orbin ist ein Greis von 76 Jahren, seine Erwählung bedeutet, wie gesagt, ein Kompromiß zwischen Staat und Kurie; wenn der greise Prälat, welcher wegen seiner friedfertigen Gesinnung von der Regierung geschätzt wird, auf seiner Ablehnung bestanden hätte, wäre wohl das Kompromiß noch nicht zu Stande gekommen und spätestens nach seinem Tode dürfte das Streben nach Verständigung wiederum den alten Schwierigkeiten begegnen.

— Ein österreichisches Blatt bringt aus Krakau einen Bericht, welchem zufolge eine Nonne, Namens Schwester Salomea, in einem dortigen Bernhardinerinnen-Kloster Jahre lang sehr inhuman behandelt sein soll. Der Fall wird, wenn die Schilderung des erwähnten Blattes zuverlässig ist, einiges Aufsehen erregen. Wir nehmen deshalb und unter ausdrücklichem Vorbehalt der Richtigkeit von dem wesentlichen Inhalt jenes Berichtes hier Notiz. Am 22. März erhielt der Restaurateur Marcel Lisicki, der Bruder der erwähnten Schwester Salomea, ein Telegramm, durch welches er veranlaßt wurde, ungesäumt nach Krakau zu eilen, um ein seiner Schwester drohendes Unglück abzuwenden. In Krakau angekommen, verlangte er eine Unterredung mit seiner Schwester, die aber zunächst abgelehnt und erst nach Hinzuziehung der Polizei gestattet wurde. Von zwei Nonnen geführt, schwach und abgehärmt, mit zerrissenen Schuhen und in einem Ordenshabit, das man ihr eben an Stelle ihres eigenen defekten gegeben hatte, sei nun die Schwester am Sprechgitter erschienen und habe ihren Bruder beschworen, sie aus den Händen ihrer Peiniger zu befreien, welche es auf ihren physischen und moralischen Untergang abgesehen hätten. Seit Jahresfrist — so klagte sie — werde sie allein unter Verschluß gehalten, den übrigen Schwestern sei jeder Verkehr mit ihr verboten; ohne Rücksicht auf ihren krankhaften Zustand sei sie ausschließlich nur mit unzureichender und unverdaulicher Fastenkost, „Barszcz", Erbsen, Bohnen und dergleichen genährt worden; seit 18 Jahren trage sie (die dem Kloster bei ihrem Eintritt eine größere Summe Geldes zugebracht hat) noch immer ein und dasselbe Habit; habe seit Jahren weder Schuhe noch Strümpfe, ja sogar kein Hemd geliefert erhalten; seit sieben Jahren schon sei das Bettstroh ihres Lagers nicht mehr erneuert, seit Jahresfrist die Zelle der Armen nicht gereinigt worden! — Es hält schwer, an diese Behauptungen zu glauben, zumal wenn man die angebliche Veranlassung dieser harten Züchtigung erfährt. Sie soll nämlich — und zwar wieder nach der eigenen Angabe der Nonne — darin ihren Grund haben, daß sie sich weigerte, den Neuerungen, welche ein vor Jahren neu angestellter Hausgeistlicher im Verein mit der Oberin eingeführt hatte, Folge zu leisten. Speziell habe es den Zorn des Priesters erregt, daß die Nonne sich weigerte, ihn als ihren Beichtvater anzunehmen. Man habe darauf, um sie zum Gehorsam zu zwingen, die schon erwähnte Strafe über sie verhängt und allen ihren Mitschwestern das Gelöbniß abgenommen, jeden Verkehr mit ihr zu unterlassen. Allen von außen eingelaufenen Nachfragen sei man ausgewichen, bis endlich die Mittheilungen einer entlassenen Dienerin den Sachverhalt aufklärten. Herr Lisicki soll nun das Lemberger Ordensprovinzialat telegraphisch von dem Vorfall in Kenntniß gesetzt, die sofortige Ueberführung seiner Schwester in ein anderes Kloster verlangt und sich die weitere strafrechtliche Verfolgung der Sache vorbehalten haben.

— Ueber die irische Krisis schreibt die „Nat.-Zeitung":

Herr Gladstone hat bisher mit seiner Irland gegenüber befolgten Politik zu keinem befriedigenden Resultat gelangen können. Als er die Regierung übernahm, war sein erstes Bestreben, die von dem Torykabinet über Irland verhängte Peace preservation act aufzuheben, durch diesen versöhnlichen Schritt ermuthigt, begann die Landliga im Bunde mit den Feniern um so kecker ihr Haupt zu erheben. Die Regierung sah sich daher genöthigt, zur Anwendung von Zwangsmaßregeln zu schreiten, bemühte sich jedoch zu gleicher Zeit, für die gerechten Beschwerden der irischen Landbevölkerung durch ein umfassendes Reformgesetz Abhülfe zu schaffen. Die Landakte, welche den Pächtern die von ihnen geforderten drei Fs. (fixity of tenure, free sale, fair rent) bewilligte, trat im Juli v. J. in Kraft, hatte jedoch nicht den erwarteten Erfolg, die Landliga zu entwaffnen. Vielmehr nahm die Zahl der agrarischen Verbrechen nach Einführung der Landakte in erschreckender Weise zu. Die Regierung glaubte nunmehr den äußersten Schritt thun zu müssen, indem sie die Häupter der Liga, darunter drei Mitglieder des Parlaments, verhaften und im Kilmainhamgefängniß interniren ließ. Aber auch die Unschädlichmachung Parnell's und Genossen verfehlte vollständig den gewünschten Zweck; die geheime Verschwörung zeigte sich nach der Verhaftung der Genannten nur um so thätiger. In London, Liverpool, Birmingham und anderen größeren Städten mit irischen Quartieren lebte man in beständiger Furcht vor fenischen Attentaten, auf der grünen Insel verging kein Tag, an dem nicht ein agrarisches Verbrechen zu verzeichnen gewesen wäre. Die Irländer im Unterhause, welche unter der Administration Beaconsfields Gladstone Heerfolge geleistet hatten, gehen jetzt mit der konservativen Opposition, deren Führer sich den Anschein geben, als ob ihnen das Gladstone'sche Landgesetz in Konzessionen an die Pächter noch nicht weit genug gehe. Der Premier hat sich darauf kaprizirt, die Cloturebill, durch welche bekanntlich der Antrag auf Schluß der Debatte, den das englische Parlament bisher nicht kennt, in die Geschäftsordnung des Unterhauses eingeführt werden soll, in dieser Session und zwar noch vor Pfingsten durchzubringen. Dabei begegnet er jedoch in den Reihen seiner Anhänger einem so entschiedenen Widerstand, daß die Wahrscheinlichkeit nahe liegt, die Regierung werde bei der Abstimmung über diese Bill unterliegen, wenn die Homeruler geschlossen mit der Opposition votiren. In dieser Zwangslage hat sich Gladstone nun zu einem abermaligen Frontwechsel Irland gegenüber entschlossen und von Neuem die Bright'sche Maxime „coërcion is no remedy" adoptirt. Der Zwang ist mißglückt, nunmehr soll es wiederum mit der Versöhnung versucht werden.

Es war vorauszusehen, daß die Vertreter der bisherigen Regierungspolitik, der Vizekönig und der Chefsekretär für Irland, diesen Wechsel nicht mitmachen würden. Lord Cowper und Herr Forstner haben ihre Entlassung genommen, und ist an die Stelle des ersteren Earl Spencer, an die des letzteren Herr Chamberlain, der Vertreter der Birminghamer Radikalen, getreten. Sir Charles Dilke, bisher Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte, soll Chamberlain's Nachfolger an der Spitze des Handelsamtes werden, mit welchem Amte zugleich ein Sitz im Kabinet verbunden ist. Als erster Schritt auf der neuen Bahn der Versöhnung hat Gladstone die Freilassung sämmtlicher in Kilmainham, in Naas und Limerick internirt gewesenen „Verdächtigen", also aller Führer der Landliga dekretirt. Parnell ist bereits in Dublin angekommen, hat jedoch jede Demonstration vermieden. Es bleibt abzuwarten, welche weiteren Maßregeln das Kabinet nunmehr Irland gegenüber in Vorschlag bringen wird; wie schon vor einigen Tagen verlautete, liegt es in der Absicht Gladstone's, die Regierungsämter auf der grünen Insel, welche jetzt fast ausschließlich von Engländern verwaltet werden, mit Irländern zu besetzen und auf diesem Wege den Homerulern entgegen zu kommen. Die Opposition im Parlamente veurtheilt die Versöhnungspolitik der Regierung vom Grund aus. In der Dienstagsitzung des Unterhauses erklärte der Führer der Konservativen, Sir Stafford Northcote, die Lage der Dinge sei eine so ernste geworden, daß eine weitere Steigerung derselben kaum möglich sei. Die Regierung habe mit der Freilassung der Verdächtigen einen schweren Fehler begangen, ihre Politik sei die schwankendste, die man sich denken könne, dieselbe habe dazu beigetragen, das Ansehen der Regierung zu vermindern. Gladstone entgegnete, die Freilassung der Verdächtigen sei keine bedingte und der Grund für diese Freilassung sei, daß die Regierung glaube, dieselbe werde zur Aufrechterhaltung von Gesetz, Ordnung und Frieden in Irland beitragen. Zum Schluß erklärte der Premier, es sei im Hinblick auf die gegenwärtige Lage der Dinge der Wunsch der Regierung, mit möglichster Schnelligkeit zu handeln. Die Oppositionspresse spricht sich gegen die Freilassung Parnell's auf das Heftigste aus; die „Times" bezweifelt, daß die Freilassungs-Maßregel die Ruhe in Irland wieder herstellen werde.

— Das österreichische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich in den letzten Tagen ausschließlich mit der Spezialberathung des Zolltarifs. Da die von der Linken zu den einzelnen Positionen gestellten Abänderungsanträge von der Rechten beharrlich und fast ohne Debatte abgelehnt werden, so nehmen die Verhandlungen einen schnell fördernden Verlauf; wie der Präsident sich mehreren Abgeordneten gegenüber geäußert hat, soll die Tarifdebatte bereits am 13. d. M. beendigt werden. In der gestrigen Sitzung kam der streitigste und zugleich wichtigste Theil des Tarifs, der Getreidezoll, zur Berathung. Wie üblich, lehnte das Haus den Antrag der Minorität auf gänzliche Ablehnung des Getreidezolles, eventuell auf zollfreie Getreide-Einfuhr für die Karst- und Alpengebiete ab und nahm nach dem Antrage der Ausschuß-Majorität die Zölle für Getreide, Malz nnd Hülsenfrüchte an. Bei der Abstimmung über die Anträge auf Gewährung zollfreier Einfuhr für gewisse Ländergebiete wurde in namentlicher Abstimmung der Antrag Hallwich auf zollfreie Einfuhr von Getreide über die Grenzen nach Tirol, Görz, Gradisca, Triest, dem Bezirk Adelsberg, Dalmatien und Herzegowina mit 162 gegen 145 Stimmen angenommen. Der Antrag war von den Dalmatinern und Tirolern im Verein mit der Minorität gestellt worden, nachdem der Klub des rechten Zentrums beschlossen hatte, die Abstimmung nicht als Klubfrage zu erklären.

— Aus Anlaß der jüdischen Auswanderungen aus Rußland schreibt die „Weimarische Zeitung": „Eine mehrtausendjährige Geschichte zeigt, daß das jüdische Volk wohl nicht an Land und Klima gebunden, aber unfähig ist, die ihm charakteristischen Eigenschaften im Verkehr mit anderen Völkern abzuschleifen. Es gilt dies vor Allem von der den Israeliten eigenen Abneigung gegen die produktive Arbeit im gewöhnlichen Sinne des Wortes; sie lieben es, das verbindende Glied zwischen Konsumenten und Produzenten zu bilden, und vorzugsweise in Rußland, Polen, dem Orient liegt der Zwischenhandel, wenn nicht ganz, so doch zum größten Theil

in ihren Händen, in Rußland ganz besonders der bequeme und einträgliche Handel mit Spirituosen. Daher der immer wiederkehrende Vorwurf: großer Gewinn bei wenig bürgerlicher Arbeit, der gegen die Israeliten erhoben wird, und der nicht wenig dazu beiträgt, die weiten Kreise der nichtjüdischen Bevölkerung gegen jene zu erregen und solche abscheuliche Vorkommnisse hervorzurufen, die jeder Kulturmensch aufs Schmerzlichste empfindet. Es scheint, daß die die Auswanderung der Juden nach Amerika organisirenden Komitees ein Hauptaugenmerk darauf gerichtet haben, gerade nach dieser Richtung hin eine Reform im jüdischen Wesen anzubahnen. Sie planen die Gründung jüdischer Ackerbaukolonien, und zwar ist ausdrücklich bestimmt, daß kein Mitglied einer solchen innerhalb derselben direkt oder indirekt Spirituosen verkaufen, eintauschen oder zubereiten darf. Es ist wohl anzunehmen, daß damit den Ansiedlern der Branntweinhandel überhaupt, nicht blos unter sich, untersagt sein soll. Noch bemerkenswerther ist die weitere Bestimmung, daß kein Mitglied der betreffenden Gesellschaft oder Niederlassung Handel oder Geschäfte irgend welcher Art betreiben soll, ohne die Zustimmung zweier Drittel der Mitglieder der Gesellschaft oder Niederlassung. Es wird interessant sein, zu verfolgen, wenn es gelingt, solche Kolonien in größerem Maßstabe zu gründen, wie dieser Versuch, die israelitische Individualität an einer ihrer charakteristischsten Seiten umzubilden, abläuft."

— Sultan Abdul Hamid hat sich nach langem Schwanken entschlossen, Said Pascha zu entlassen und Abdurrahman Pascha, den frühern Waly der Provinz Bagdad, zum Premierminister zu ernennen. Der kaiserliche Hat lautet: „Angesichts der Nothwendigkeit, Said Pascha seines Postens zu entheben, werden Sie, erlauchter Vezir Abdurrahman Nuredi Pascha, dessen Erfahrung und Treue Uns wohlbekannt ist, zu den Funktionen des Premierministers erhoben. Allah sei Ihnen gnädig!" Der in den diplomatischen Kreisen Konstantinopels mit Sicherheit erwartete durchgreifende Kabinetswechsel ist nicht eingetreten und zwar in Folge des wieder im Steigen begriffenen Einflusses der alttürkischen Partei, deren Vertreter im Divan, Ghasy Osman Pascha, Djewdet Pascha und vor Allem Mahmud Nedim Pascha, auf die Entschließungen des Sultans in hohem Grade einwirken.

— In Rumänien beherrscht gegenwärtig die Donaufrage die Situation. Wie die „C. T. C." aus Bukarest von gestern meldet, haben die Berathungen zwischen der Regierung, dem Senat und der Deputirtenkammer über das Projekt Barrère zwar zu keinem definitiven Resultat geführt, jedoch festgestellt, daß weder die Regierung noch die Majorität der Landesvertretung es für zweckmäßig erachten, den französischen Vorschlag ganz abzulehnen. Man hofft vielmehr auf der Basis desselben zu einer Verständigung zu gelangen, wenn diejenigen Artikel des Projekts modifizirt werden, welche, wie das Funktioniren auswärtiger Beamten auf rumänischem Gebiet, die souveränen Rechte des Landes beeinträchtigen. Der Gesandte Barrère, französischer Delegirter bei der Donaukommission, welcher zugleich mit dem englischen Generalkonsul in Galatz, Sanderson, augenblicklich in Wien weilt, wird am 5. Mai in Bukarest erwartet.

— Im Vatikan hat man die Maske gleich am ersten Tage gelüftet, als der preußische Gesandte von Schlözer sein Beglaubigungsschreiben dem Papste überreicht und in offiziellen Verkehr mit der Kurie getreten ist. Das „Journal de Rome" sagt in seinem „Herr Schlözer im Vatikan" überschriebenen Artikel eben so klar wie die „Voce della Verita" in dem ihrigen über „Die preußische Gesandtschaft bei dem heiligen Stuhle", was die Kurie von der preußischen Regierung erwartet. Nicht die Abschaffung der Maigesetze ist es, welche sie verlangt, sondern ein Schutz- und Trutzbündniß zwischen Berlin und Rom gegen den Liberalismus. Die mächtigste moralische Großmacht, wie das „Journal de Rome" das Papstthum nennt, ist für die größte materielle Macht, für Deutschland, welches heute Europa regiert, der geeignetste, der wirksamste Bundesgenosse. Das ist die Thesis, welche das päpstliche Hauptorgan entwickelt zur Feier der Installirung des preußischen Gesandten. Man höre, wie es dieselbe darbietet:

„Heute, sagt das „Journal de Rome" (dessen Inspirationen direkt aus der päpstlichen Staatskanzlei kommen), hat der neue Vertreter einer großen Macht dem Könige aller katholischen Gewissen, Leo XIII., seine Beglaubigungsbriefe überreicht. Die Geschichte wird den heutigen Tag, den 24. April 1882, als den ersten eines neuen Zeitalters verzeichnen; die wirklich politische und die aufrichtig religiöse Welt begrüßt mit Befriedigung diese glückliche Verständigung zwischen Rom und Berlin, zwischen der größten moralischen Macht, welche die Welt regiert, und der Regierung, welche ganz Europa das Gesetz diktirt. Das Ereigniß, welches sich heute vollzog, ist von der höchsten Bedeutung. Es ist die authentische Wiedergeburt der Eintracht zwischen Kirche und Staat, auf welcher das Wohl der Völker, namentlich aber Deutschlands beruht. Der Kulturkampf war ein ungeheures Mißverständniß. Ein verwegener Liberalismus mißbrauchte einen feierlichen Augenblick in der deutschen Geschichte, um dem deutschen Volke eine antireligiöse und antinationale Gesetzgebung aufzuzwingen. Moral und Religion wurden zerstört, die gesellschaftliche Ordnung drohte zusammenzustürzen, und im Sturze die Größe und das Wohl des Landes mit ins Verderben zu reißen. Da endlich kam Preußen zu der Einsicht, daß Zwiespalt säen zwischen den beiden Mächten, Staat und Kirche, welche die Geschicke der Menschen leiten, gleichbedeutend ist mit der frevelhaften Zerstörung der höchsten Güter der Zivilisation. Ein ewiger Ruhmestitel wird es daher für das heutige Preußen sein, diese Einsicht gewonnen zu haben. Dieser Ruhm aber ist um so größer, weil Preußen als protestantische Macht begriff, was selbst katholische Mächte, welche ihren Traditionen untreu wurden, nicht zu fassen vermögen. Preußen giebt der Welt eine große Lehre, indem es die Hilfe des Papstes nicht mißachtet. Gott sei Dank sind die Zeiten in Deutschland vorüber, in denen ein falscher Liberalismus den Papst für einen „ausländischen Priester", für einen „machtlosen Werth" erklärte. Man hat es wieder anerkannt, daß die Geschichte unerbittlich ist; dem tapferen katholischen deutschen Volke ist es zu danken, daß man in Preußen zur Ueberzeugung gekommen ist, daß es noch immer einen Souverän giebt, welcher Papst heißt, der über alle Seelen und Gewissen gebietet und die Freiheit und die Rechte der Kirche vertheidigt. Durch diese Einsicht wird Preußen das junge und mächtige deutsche Reich befestigen und stärken. Thöricht wäre es daher, wenn man der Wiederherstellung der preußischen Gesandtschaft beim Vatikan nicht die größte Wichtigkeit beimessen wollte. Dieselbe beweist, daß in unserer Zeit des Positivismus, in welcher die materielle Kraft Triumphe feiert, die hehre Größe der lediglich und ausschließlich moralischen Macht, welche man „Kirche" nennt, keinerlei Verdunkelung erlitten hat. Das Papstthum ist und bleibt die erste Großmacht der modernen Zivilisation, das Palladium der bedrohten Gesellschaft, die Stütze und das Bollwerk der Regierungen auf Erden. Nur ein unverschämter und lügenhafter Liberalismus kann daher in seinem ohnmächtigen Zorne den hohen Werth und die große Bedeutung wegleugnen, welche die neue von der preußischen Regierung eingeschlagene Richtung unstreitig in sich trägt. Der schamlose Liberalismus mag dem heiligen Stuhle nach Belieben bittere Enttäuschungen und neue Schmerzen prophezeien, wir haben darauf nur eine Antwort: „Die heutige Situation hat es bewiesen, daß Niemand den Papst entbehren kann, daß man ihn nöthig hat!" Der Papst ist der natürliche Bundesgenosse jedweder Zivilisation, niemals ihr Nebenbuhler, nirgends ihr Feind. Die Umkehr Preußens wird ein leuchtendes Beispiel für andere Mächte sein; sie bezeichnet den Wendepunkt, von dem die Rückkehr zu den gesunden gesellschaftlichen Traditionen anderer Zeiten ihren Anfang nimmt."

— Der neu ernannte Botschafter Oesterreich-Ungarns am russischen Hofe, Graf Wolkenstein, war am Dienstag Nachmittag aus Wien hier eingetroffen. Gestern Nachmittag verweilte derselbe zum Besuch beim hiesigen österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Szechenyi und Abends beim Hausminister Grafen von Schleinitz, von wo aus er sich nach dem Ostbahnhofe begab, um seine Reise nach Petersburg fortzusetzen. In Petersburg gedenkt Graf Wolkenstein vorläufig nur etwa acht Tage zu bleiben, um die nöthigen Arrangements für seinen dortigen Wohnsitz zu treffen und dann einen dreimonatlichen Urlaub nach Italien anzutreten, bei welcher Gelegenheit derselbe auf der Reise dorthin wieder nach Berlin kommt.

— Die Berathungen des Bundesraths über das Unfall-Versicherungsgesetz gehen nur langsam vorwärts. In zwei mehr als vierstündigen Sitzungen ist kaum der vierte Theil des Entwurfs erledigt worden, ohne daß erhebliche Amendirungen bis jetzt angenommen wären.

Kiel, 30. April. Die Maschinisten und Maschinistenmaate, welche zum Torpedodepot Friedrichsort zum Zweck ihrer Ausbildung in Bedienung der Torpedogeschütze und deren Material an Bord unserer Kriegsschiffe kommandirt waren, wurden gestern einem Examen unterworfen und behufs Vertheilung auf die mit Torpedogeschützen ausgerüsteten Schiffe der Division zurücküberwiesen. Durch die successive erfolgende Ausbildung von Mannschaften des Dienststandes im Torpedowesen schaffte sich unsere Marine nach und nach einen festen Stamm für die Behandlung der neuen Kriegswaffe, welche dazu berufen scheint, in der Seekriegsführung eine gewisse Rolle zu spielen und deren komplizirter Organismus eine sorgfältige Behandlung, sowie die eingehendste Kenntniß des mit ihr umgehenden Personals zur unbedingten Voraussetzung haben muß.

— In den Docks von Portsmouth sind neuerdings wieder Versuche mit Netzen zum Schutze des Schiffskörpers gegen Fischtorpedos gemacht worden. Bisher waren Erprobungen von solchen Netzen so gut wie resultatlos geblieben. Man hatte sie aus Stangen und Ketten konstruirt, aber in ihrer großen Steifheit den Nachtheil gefunden, welcher sie einen wirksamen Schutz nicht werden ließ, indem das anprallende Torpedo sie mit Leichtigkeit durchdrang. Die neuen Versuche bezogen sich auf Matten aus Drahttau, deren bedeutende Biegsamkeit dem Stoße nachgab und die Kraft des Torpedos brach, indem diese nach und nach von der Matte aufgenommen wurde. Es ist dies der beste Schutz, welcher bisher erreicht worden ist.

Ausland

Paris, 3. Mai. Obgleich über die am Sonntag stattgehabten Maireswahlen, die übrigens erst in einem Theil der Gemeinden vorgenommen worden sind, noch keine vollständigen Berichte vorliegen, so steht dennoch fest, daß bereits in zwei bis dreihundert Gemeinden die bisherigen republikanischen Maires durch Konservative ersetzt wurden.

Als Nachfolger des Botschafters Deprez am Vatikan wird mehrfach der frühere Deputirte Lamy genannt. Lamy, ein junger hervorragender Rechtsgelehrter, der zu den sogenannten „Katholischen" Republikanern des linken Zentrums gehört, machte sich seinerzeit besonders bekannt durch sein energisches Protestiren gegen die Märzdekrete wider die Kongregationen.

Das ausgegebene Gelbbuch über Egypten ist ohne Interesse für die gegenwärtige dortige Krisis, dasselbe bringt nur diplomatische Aktenstück bis zum 20. August 1880.

Provinzielles

Stettin, 5. Mai. Als Warnung für unsere Leser dürfte folgender Vorfall dienen. Der Häuser-Administrator E. in Berlin bediente sich zum Zuknöpfen seiner Oberhemden resp. Anknöpfens seiner Kragen metallener Knöpfe. Dieselben scheuerten zwar E. ein wenig, doch beachtete er dies nicht, bis er vor etwa 3 Wochen heftige Schmerzen im Nacken empfand, den Hals stark anschwellen sah und ein steifes Genick bekam. Ein herbeigerufener Arzt erklärte sofort, das hier Blutvergiftung, und zwar durch die Benutzung der Metallknöpfe, welche die Haut durchrieben hatten 2c. vorliege und traf energische Maßregeln zur Rettung des Patienten, der bis heut bereits zwei Mal geschnitten werden mußte, immer noch ein steifes Genick und angeschwollenen Hals hat, wenngleich jede Gefahr für das Leben des Patienten beseitigt ist. Möge man an seinem Körper daher nur Knöpfe von edlen Metallen, Gold oder Silber, oder Horn, Elfenbein, nie aber Knöpfe von Blei oder Kompositionsmasse tragen.

Stettin, 5. Mai. In der gestrigen Sitzung der Strafkammer des Landgerichts hatte sich der Restaurateur Karl Otto Volkmann aus Swinemünde wegen einer Messerstecherei zu verantworten. Am 18. Oktober v. J. kam derselbe in dem Dresseschen Wirthshaus zu Swinemünde mit dem Fuhrherrn Kirchhoff zusammen und als Letzterer das Lokal verließ, versetzte ihm V. ohne jede Ursache einen Messerstich in die Schulter. Da V. bereits zweimal wegen Mißhandlung bestraft ist, trifft ihn eine Gefängnißstrafe von 1 Jahr.

Auch der nächste Angeklagte, der Arbeiter Ernst Matz aus Bredow, ist wegen einer Messer-Affaire angeklagt. Derselbe widersetzte sich in der Nacht vom 17. zum 18. Dezember v. J. dem Wächter Friedrich in Bredow und verletzte denselben durch einen Messerstich. Gegen M., der zur Zeit eine Gefängnißstrafe wegen Sachbeschädigung verbüßt, wird auf eine Zusatzstrafe von 3 Monaten erkannt.

Schließlich wurde der frühere Mühlenstein-Reisende Alb. Sülflow wegen wissentlich falscher Anschuldigung zu 1 Monat Gefängniß verurtheilt. Derselbe hatte den mit ihm bei Robert Becker Nachfolger angestellten Buchhalter Henck des Diebstahls von Schraubenschlüsseln bezichtigt und deshalb eine Denunziation bei der Staatsanwaltschaft eingereicht, obwohl er von der Grundlosigkeit derselben überzeugt sein mußte

— Der Postdampfer „Habsburg", Kapt. F. Warnkes, vom Norddeutschen Lloyd in Bremen, welcher am 19. April von Bremen abgegangen war, ist am 2. Mai wohlbehalten in Newyork angekommen.

— Nachdem der Protest der Gemeinden Grabow und Bredow gegen den neuen Tarif der Straßenbahn als unbegründet zurückgewiesen ist, wird der erhöhte Tarif vom 11. d. M. an in Kraft treten.

Kunst und Literatur.

— Ueber die ausgelachte und ausgebrüllte Komödie der Louise Michel entnehmen wir einem Bericht der „N. Fr. Pr." noch ein paar spaßhafte Einzelheiten:

Das Stück, welches unter Massenaufwand von Pelotonfeuer und Kanonendonner, sowie kolossaler Blutverschwendung nach vorhergegangenen revolutionären Reden sich abspielt, handelt mit Außerachtlassung der historischen Treue und der geographischen Grenzen zur Zeit, als Paskiewitsch Polen beherrschte. Bakunin und Herzen führen die Aufständischen, werden aber schließlich nach heftiger Gegenwehr besiegt. Die naive Sprache erregte den Spott des Parterre; die armen Schauspieler wurden ausgelacht, was die Gallerien als Provokation ansahen, weshalb sie das Publikum im Parterre zu beschimpfen und zu bedrohen begannen. Als auf der Bühne Feuer angezündet wurde, rief Jemand: „Nieder das Petroleum!" worauf auf den Gallerien der Ruf: „Hoch das Petroleum!" erscholl. Sobald Standespersonen auf der Bühne sprachen, riefen die Anhänger der Verfasserin: „Schon genug, das Volk soll jetzt sprechen!" Der Hauptkampf spielte sich aber in den Zwischenakten ab. Junge Leute im Parterre warfen gewissen Personen auf dem Balkon Orangen zu. Von den Gallerien wurden hierauf Papierschnitzel, Orangenschalen und noch andere kompaktere Dinge ins Parterre geworfen, wo man die mitgebrachten Regenschirme zum Schutze aufspannte. Rochefort, der in einer Loge saß, wurde mit Hochs begrüßt; dann erhob sich Gesang, zugleich ein ohrenzerreißendes Pfeifen und Schreien. Zum Schlusse wurde Louise Michel gerufen; sie zeigte sich aber nicht, und als der betäubende Lärm nicht aufhören wollte, ließ der Direktor das Gas abdrehen und das Publikum blieb im Finstern. Ein sonstiger Unfall wird nicht gemeldet.

Vermischtes.

— Im Wiener Ringtheater-Prozeß kommen nachgerade recht erbauliche Geschichtchen zu Tage, welche beweisen, daß all' das entsetzliche Unglück das Pflichtgefühl und den kategorischen Imperativ noch nicht in genügendem Maße verschärft haben. So rief peinliche Sensation die Vernehmung der 26jährigen Marie Wessely hervor. Dieselbe wurde in einem Tragsessel von Gerichtsdienern in den Saal gebracht, denn sie ist seit dem 8. Dezember, wo sie von der vierten Galerie des Theaters ins Treppenhaus stürzte, epileptisch. Die Zeugin erklärt, sie habe vom Hülfskomitee bisher erst 10 Gulden bekommen, was im Auditorium ungeheure Bewegung hervorruft. Wir können Verhältnisse, in denen so etwas vorkommen kann, nur als ungeheuerlich bezeichnen. Diese gänzliche Abwesenheit von Pflichtgefühl bekundet sich auch in einer zweiten Episode. Herr Johann Schönau, jetzt Garderobier an der Börse, scheint vor dem Gerichtssaal eine gewisse Scheu zu haben, denn er muß vom Saaldiener halb und halb hereingeschoben werden. Er fühlt sich hier offenbar nicht wohl, denn als der Diener zu seinem Platz an der Thür zurückgekehrt ist, dreht er sich ebenfalls mit einem energischen Ruck um und will der Thür zueilen, welcher Fluchtplan jedoch durch das bestimmte Ersuchen des Präsidenten: „Herr Zeuge, treten Sie näher", vereitelt wird. Der Zeuge ist ein ältlicher, recht unbeholfener Mann. — Präsident: In welcher Eigenschaft waren Sie am Ringtheater? — Zeuge: Ich war Garderobier im Parterre. — Präsident: Erzählen Sie uns Ihre Wahrnehmungen am Abende des 8. Dezember. — Zeuge: Ich war auf meinem Posten, als die Gasflammen erloschen sind und der große Sturm gekommen ist. Da hab' ich eine solche Angst kriegt, daß ich mich nicht weiter umg'schaut hab', sondern aus'n Theater fort und schnell z'Haus g'rennt bin, damit ich mich ins Bett legen und schwitzen kann. Bei ein' großen Schrecken is 's Schwitzen so viel gut . . . . (Große Heiterkeit.) Staatsanwalt (ironisch): Natürlich, Sie haben geglaubt, jetzt geht die Welt zu Grunde, da brauchen die Leute keine Garderobe mehr. (Erneuerte Heiterkeit.) — Was haben Sie denn geglaubt, was geschehen ist? — Zeuge: Was ich g'laubt hab', weiß ich nicht. Erst am nächsten Tag in der Früh' hab' ich zufällig erfahr'n, daß das Ring-Theater abbrennt is. (Lang anhaltendes Gelächter.)

— Einen neuen Apparat zur Vermeidung von Gefahr für das Publikum bei Theaterbränden hat ein Geistlicher, Don Ravaglia in Ravenna, konstruirt. Dieser Apparat öffnet bei einem Theaterbrande nach einem Druck auf eine Taste sämmtliche Thüren des Theaters. Ein Versuch, der im Alighieri-Theater zu Ravenna angestellt wurde, gelang aufs Beste. Sämmtliche neun Thüren des Theaters sprangen wie von Geisterhänden geöffnet a tempo weit auf. Der geistliche Erfinder hofft den Apparat noch dergestalt zu verbessern, daß bei einem Brande auf der Bühne in Folge geringerer Erhöhung der Temperatur dieser selbstthätig wirkt. Don Ravaglia erhielt für diese Erfindung das Ritterkreuz der italienischen Krone.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 4. Mai. (Ringtheater-Prozeß) Der erste der heute vernommenen Zeugen, Reichsraths-Abgeordneter Scheidl, behauptete, daß die Feuerwehr und die Polizei unbedingt um 7 Uhr noch Rettungsversuche hätten machen können. Es folgte die Vernehmung von zwölf Sicherheitswachmännern, welche die Polizei zu entlasten und die Feuerwehr zu belasten suchten. Der Schutzmann Engelmann behauptete, den Zeugen Krühbaum gerettet zu haben. Eine Konfrontation ergab diese Behauptung als lügenhaft. Der Präsident kündigte in Folge dessen eine Disziplinaruntersuchung gegen Engelmann an.

Paris, 3. Mai. Die hiesigen Journale berichtigen die Meldung aus Hongkong von der Einnahme Hanoi's durch französische Truppen, indem sie bemerken, daß das schon seit langer Zeit von französischen Truppen besetzte Fort Hanoi auf chinesische Piraten geschossen habe, welche jene unter französischem Protektorat stehende Gegend beimsuchten.

Petersburg, 3. Mai. Fürst Alexander von Bulgarien ist gestern Abend im „Hotel Demuth" abgestiegen.

De Präsident der Akademie der Wissenschaften, Graf Luetke, hat seine Entlassung eingereicht.

Petersburg, 4. Mai. Nach dem „Regierungs-Anzeiger" empfing der Kaiser die Schiffslieutenants Dannenhauer und Newcombe von der „Jeannette".

Dasselbe Blatt berichtet von Judenkrawallen in Gombine, Gouvernement Warschau, wo zwei Läden und eine Schänke, und in Jekaterinoslaw, wo 3 Schränken und ein Laden zerstört wurden. Es haben Verhaftungen stattgefunden, in Gombine allein 16.

Kiew, 3. Mai. In der verflossenen Woche sind an 1500 jüdische Familien von hier ausgewiesen worden. Viele derselben wandern nach Amerika aus.

Bukarest, 3. Mai. In der heutigen Sitzung der Kammer der Deputirten brachte der Minister für öffentliche Arbeiten eine Vorlage behufs Auflösung der rumänischen Eisenbahn-Gesellschaft in Berlin ein. Cogalniceanu meldete eine Interpellation an bezüglich der Donaufelsen des „Eisernen Thores", deren Sprengung Oesterreich im Berliner Vertrage übertragen worden.

Im Senate hat heute die Debatte über die agrikolen Kontrakte begonnen.

Der französische Ministerresident Barrère wird am 5. d. M. hier erwartet.

Konstantinopel, 4. Mai. Das Journal „Vakit" betrachtet die Ernennung Abdurrahmans zum Premierminister als eklatanten Ausdruck des Willens des Sultans, das Reformwerk beschleunigt zu sehen.

Kairo, 3. Mai. Das Urtheil des Kriegsgerichts gegen die tscherkessischen Offiziere hat bei allen Parteien einen mißlichen Eindruck gemacht. Der Khedive, welcher zuerst geneigt gewesen sein soll, das Urtheil zu sanktioniren, weigerte sich heute, dies zu thun, und glaubt man in unterrichteten Kreisen, daß er seine Weigerung aufrecht erhalten werde. Gerüchtweise verlautet, die Generalkonsuln würden gemeinsam Protest erheben.